

Nr. 86 - 27.04.2004
9. Jahrgang

rotation



Hochschulpolitische Informationsschrift der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

*Themen
dieser Ausgabe*

AStA gewählt!

Juso-HSG und ADF
bilden Koalition
-> Seite 1

1 Jahr Irak-Krieg

Versuch einer Bilanz
-> Seite 2

Die Jusos im AStA

Über Ziele und Projekte
-> Seite 3 bis 5

Neuer AStA gewählt!

Juso-HSG und ADF bilden Koalition

Politik ist die Kunst des Möglichen.

Otto von Bismarck

Am 18. März um 3.28 Uhr nachts war es soweit: Nach einer siebenstündigen Sitzung des Studierendenparlaments war der neue AStA im Amt. Die bisherige Koalition von Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) wurde durch eine Koalition von Juso-HSG und ADF abgelöst.

Warum kam es zu diesem Koalitionswechsel? Bei den Uniwahlen im Januar 2004 hatte sich für die Juso-HSG nicht viel geändert. Weiterhin hat die Juso-HSG 5 Sitze. Verschiebungen gab es auf der rechten Seite des Spektrums. Die ohnehin starke ADF konnte sich auf Kosten von RCDS und LHG von 17 auf 20 Stimmen vergrößern. Dadurch ergab sich eine neue Situation, da ADF und Juso-HSG nun potentiell über eine Mehrheit im StuPa verfügen. Nach einigem Hin und Her entschied sich die ADF für die konstruktivere Koalition.

■ Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Die Juso-Hochschulgruppe würde es natürlich bevorzugen, eine absolute Mehrheit zu erringen und so ihre Politik unverfälscht durchzusetzen. Da die Wählerinnen und Wähler uns diesen Gefallen noch nicht erwiesen haben, müssen wir den einen oder anderen Kompromiss eingehen.

Die Frage ist natürlich, welche Kompromisse unsere Politik am besten umsetzen helfen. Nun sind die Wirkungsmöglichkeiten im AStA natürlich größer als in der Op-

position. Die Juso-Hochschulgruppe hat immer die Position vertreten, dass wir uns mit Hochschulpolitik im gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang beschäftigen müssen. Eine Ausklammerung der gesamtgesellschaftlichen Probleme und Konflikte aus der Universität ist nicht möglich. Die ADF dagegen betrachtet sich selbst als parteipolitisch neutral. Sie glaubt an eine Trennung zwischen Hochschulpolitik, mit der sich der AStA beschäftigen darf und Allgemeinheitspolitik, die den AStA nichts angehe, weil er sonst den Studierenden seine Meinung aufdrücke.

Wir können diese Ansicht nicht teilen, da Allgemeinpolitik nicht ein Gegensatz zu Hochschulpolitik, sondern lediglich ein Oberbegriff ist. Hochschulpolitik ist genauso ein Teil von Allgemeinpolitik wie Agrar- oder Außenpolitik. Wir halten diese künstliche Trennung für undurchführbar und studentischer Interessenvertretung nicht förderlich.

Die Juso-Hochschulgruppe betrachtet die Hochschule als den uns gegebenen Handlungsort, wo wir am meisten gebraucht und am meisten bewirken können, ohne uns dadurch die Beschäftigung mit anderen politischen Themen abzuschneiden. Die ADF beschäftigt sich wie wir schwerpunktmäßig mit hochschulpolitischen Themen. Außerdem stimmt die ADF mit uns in der kategorischen Ablehnung von Studiengebühren überein. Nachdem sie sich aus der babylonischen Gefangenschaft des RCDS befreit hat, und sie in ihrer politischen Ausrichtung nicht mehr einseitig konservativ ist sondern ausgewogener wurde, ist eine Zusammenarbeit möglich.

Fortsetzung auf der Hefrückseite

Editorial

Neues Sommersemester, neuer AStA im Amt. So schlicht beschreibt diese hochschulpolitische Formel die Regelmäßigkeiten der Göttinger Uni-Politik, von der es auch in diesem Jahr keine Ausnahme gibt. – Also alles beim alten? Überhaupt nicht: Denn die Zusammensetzung der AStA-tragenden Koalition ist noch nie dagewesen!

Und diesem neuen AStA ist dann auch der Schwerpunkt der aktuellen *rotation* geschuldet: Warum wir als Juso-Hochschulgruppe erstmalig mit der ADF eine Koalition eingegangen sind, welche Ziele wir uns gesetzt haben und wie wir diese erreichen wollen.

Das alles braucht natürlich seinen Platz, und so ist es nicht weiter verwunderlich, wenn andere Themen in dieser Ausgabe einmal kürzer treten mussten.

Nicht unkommentiert lassen wollten wir aber die Situation im Irak. Während die Bush-Administration noch dabei ist, den Irakern Frieden und Freiheit zu schenken, gibt es jede Woche neue Bombenattentate, und zugleich verlassen immer mehr Länder die Koalition der Willigen: eine Bilanz.

Blick zurück im Zorn

Ein Jahr Irak-Krieg: Versuch einer Bilanz

Natürlich hatten die Kriegsgegner Unrecht: Weder ist der nahe Osten explodiert, noch gab es Unmengen an Toten, noch fließt das irakische Öl nun in die USA. Natürlich hatten die Kriegsgegner Recht: Weder ist der Nahe Osten nun demokratisch, noch gab es im Irak Massenvernichtungswaffen, noch fließt Öl für die Iraker (oder überhaupt). Wer hatte nun Recht und welche Probleme sind überhaupt nicht gesehen worden?

Nachdem der Krieg im Irak nun ein Jahr auf die eine oder andere Weise angedauert hat, ist nun Zeit, Bilanz zu ziehen. Der Ehrlichkeit halber untersuchen wir auch die Behauptungen, die vor etwa einem Jahr in der *rotation* Nr. 80 über den Irak-Krieg stan-

Demokratisierung, Frieden im nahen Osten, Kampf gegen Massenvernichtungswaffen und Terrorismus, eher gefährdet“ ist durch die Ereignisse bestätigt worden.

Von Kriegsbefürwortern wird gelegentlich noch die Demokratisierung betont. Saddam und sein Regime sind verschwunden und viele Iraker sagen, sie hätten es jetzt besser. Andererseits ist der Irak nicht frei, sondern ein besetztes Land unter der Kontrolle der USA als Besatzungsmacht. Vorläufig hat nur eine bessere Diktatur eine schlechtere abgelöst.

Zwar wollen die Amerikaner am 30. Juni die Regierung an Iraker übergeben, doch

nen diese kaum ersetzen. Ihre Verbündeten bröckeln ab und die neuen irakischen Militär- und Polizeieinheiten sind nur ausnahmsweise bereit, auf der Seite der Amerikaner zu kämpfen. Wie lange kann und will die Bush-Regierung im Irak einen Kleinkrieg führen?

Ob alles anders gekommen wäre, wenn die Bush-Regierung nur den klugen Ratsschlag der *rotation* befolgt hätte, „den Frieden zu gewinnen, indem sie statt einer Besatzungsregierung einer akzeptierteren UN-Verwaltung unterstellt und den Wiederaufbau nicht zu einer Bonanza für amerikanische Bau- und Dienstleistungsfirmen verwandelt.“, wissen wir nicht. Jetzt wird die UN kaum noch zu bewegen sein, die Verwaltung zu übernehmen, zumal sie ebenfalls Ziel von Attacken geworden ist.

Dennoch war unsere damalige Beurteilung teilweise falsch, da sie immer noch zu optimistisch war. Dass Bush das halbe Westjordanland an Sharon verschenkt, hätte sich damals wohl niemand in seinen düstersten Träumen vorgestellt. Besonders nicht Tony Blair, der mit der Theorie hausieren ging, eine Unterstützung des Irak-Krieges würde dann im Gegenzug die USA zu einer aktiven und konstruktiven Rolle im Israel-Palästina-Konflikt bewegen.

Die Juso-Hochschulgruppe im Internet:

Stets die aktuellsten Informationen über die neuesten Ereignisse aus der Göttinger sowie der niedersächsischen und der bundesweiten Hochschulpolitik:

www.juso-hsg-goettingen.de

den. Sandkastenstrategie zu spielen in der Zuversicht, dass alle schnell vergessen, mag für Bush gut genug sein, unsere Maßstäbe sind etwas höher.

■ Verluste beziffern

Zunächst die Zahlen. Die USA haben 699 Soldaten im Irak verloren, die Koalition insgesamt 802. Allein in diesem Monat starben 100 Soldaten der Koalition und die letzten beiden Wochen gelten als die verlustreichsten für die USA seit Oktober 1971. Nach einer vorsichtigen Schätzung verloren 8875 irakische Zivilisten ihre Leben, hinzu kommen einige tausend irakische Soldaten. Die Kosten des Krieges bewegen sich allein für die Vereinigten Staaten in einem dreistelligen Milliardenbetrag (alle Zahlen beruhen auf Angaben bei www.lunaville.com).

■ Erklärte Ziele erreicht?

Massenvernichtungswaffen gibt es im Irak keine und hat es wohl seit einem Jahrzehnt nicht mehr gegeben. Um nicht einen ähnlichen Fehlschlag auf der Suche nach Terroristen zu erleben, haben die USA gleich welche eingeführt. Die Behauptung aus der *rotation* Nr. 80: „Es deutet also alles darauf hin, dass der Krieg die erklärten Ziele wie

bleiben die amerikanischen Truppen unter amerikanischen Kommando im Land und die US-Botschaft soll über etwa 3.000 Mitarbeiter verfügen. Da selbst für die Bearbeitung der Visa ausreisewilliger Iraker nicht so viel Personal gebraucht wird, handelt es sich wohl um eine verkappte Fortführung der Besatzungsbehörde. Außerdem weiß die US-Regierung nach eigenem Bekunden nicht, an wen sie die Macht übergeben wird.

■ Demokratie, Widerstand, Terrorismus...

Auch wenn diese Kleinigkeit in den verbleibenden zweieinhalb Monaten noch gelöst wird, bleibt die Situation im Irak eher düster. Die neue Regierung wird keine Legitimation durch Wahlen haben. Im übrigen wird sie und ihre amerikanische Schutzmacht weiterhin bekämpft werden. Ob man die Gegner der USA im Irak als Guerillas oder Terroristen, Widerstand oder Feinde der Demokratie nennt, tut wenig zur Sache. Aus der Nähe betrachtete sieht ein Guerillakrieg selten romantisch oder moralisch aus. Und auch nur „verbrecherische Terroristen“ können ein Land destabilisieren und einer Armee Verluste zufügen. Die USA verfügen über zu wenige Truppen im Irak und kön-

■ Neues Trauma der USA?

Halbrichtig auch: „Nun wird der Irakkrieg wohl kein Vietnamkrieg und ist wahrscheinlich schon vorbei, wenn diese Zeilen den Leser erreichen.“ Vorbei ist er nicht, und er ähnelt dem Vietnamkrieg in einem wesentlichen Aspekt. Die US-Regierung ist planlos und weiss viel zu wenig über ihre Gegner. Tatsächlich wissen die USA bis heute nicht, wie sich der irakische „Widerstand“ zusammensetzt, d.h. gegen wen sie eigentlich kämpfen. Zumindest dass wussten sie im Vietnamkrieg. Wie vor 40 Jahren reagiert sie mit Realitätsverweigerung, hängt alles Saddam oder ausländischen Terroristen an und erklärt, jeder Anschlag zeige nur die Verzweiflung der Gegner. Auch body-counts sind schon wieder aufgetaucht, fiktive irakische Verluste.

Was nun im Irak weiter geschieht, können wir Euch natürlich auch nicht sagen, aber unsere Aussage vor einem Jahr, dass aus diesen Krieg wenig Gutes resultieren wird, muss wohl leider aufrechterhalten werden.

Soziale Politik im AStA!

Ziele und Projekte der Juso-HSG im Sozialreferat

Im neuen AStA hat die Juso-Hochschulgruppe wieder das Sozialreferat übernommen. Hier stehen Euch Marianne Faupel und Sascha John bei allen sozialpolitisch relevanten Fragen zur Verfügung.

■ Bildungsgerechtigkeit

Die alltäglichen sozialen Ungerechtigkeiten, mit denen wir täglich konfrontiert werden, spiegeln sich auch in der Bildung wider. Gerade bei Zugang zum Studium wird die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit deutlich.

Über Bildungsgerechtigkeit zu reden, ohne auch sich auch mit Verteilungsgerechtigkeit zu beschäftigen, ist unmöglich. Denn es ist doch dieselbe Politik, die hier wie dort Ungerechtigkeit bewusst schafft und mehrt, so z. B. die Zahl der BAföG-EmpfängerInnen schmelzen lässt und die der SozialhilfeempfängerInnen in die Höhe treibt. Deswegen ist es auch nicht möglich, sich bei unserer Arbeit nur auf die sozialen Belange der Studierenden zu beschränken. Die Zusam-

menarbeit mit Sozialverbänden und Gewerkschaften hat für uns deshalb einen besonderen Stellenwert.

In der *asta revista*, der regelmäßig erscheinenden AStA-Zeitung, sowie natürlich auch in der *rotation* werdet ihr über die aktuellen Entwicklungen und Auseinandersetzungen im Bereich der Sozialpolitik informiert. Im Folgenden möchten wir euch einige Themen aufzeigen, mit denen sich das Sozialreferat in dieser Legislaturperiode besonders beschäftigen wird.

■ Studiengebühren

Besondere Aufmerksamkeit wird das Thema Studiengebühren genießen, da nicht nur die Auswirkung auf die betroffenen Studierenden kaum diskutiert und erhoben wurden, sondern auch die Auswirkungen auf die Universität und das Studienklima im breiteren Kontext nicht bekannt ist.

Bisher haben wir „nur“ Langzeitstudiengebühren, was schon schlimm genug ist –

allgemeine Studiengebühren dürften unser Bildungssystem um Jahre zurückwerfen. Denn das Bundesverwaltungsgericht entschied anhand des Baden-Württembergischen Hochschulgesetzes, dass auch Vorbild für die Langzeitstudiengebühren in Niedersachsen war, dass die Studiengebühren für Langzeitstudierende zulässig sind. Denn einen Anspruch auf ein unbegrenzt kostenfreies Studium gibt es nicht, so die Begründung. Mit dem Gesetz habe man keine unüberwindbaren sozialen Barrieren errichtet, so der Gesetzgeber, denn in außerordentlichen Fällen kämen Härtefallregelungen in Betracht.

Die Einführung der Langzeitstudiengebühren ist ein Schritt in die falsche Richtung. Sie bestrafen Menschen, die aus verschiedensten Gründen (Studienbedingungen, Krankheit, Kinder, notwendige Erwerbstätigkeit usw.) in diese Lage geraten sind. So werden die Betroffenen zum Abbruch des Studiums gezwungen. Die Investition, die der Staat für diese getätigt hat,

■ Ergebnis der Wahlen zum Studierendenparlament 2004

Wahlbeteiligung: 25,54 % (2003: 30,3%)

Gruppierung	Anteil in % 2004 (2003)	Sitze 2004 (2003)	Stimmen 2004 (2003)
Arb.gem. Dem. Fachschaftsmitgl. (ADF)	38,3 (31,2)	20 (17)	2195 (2166)
Ring Christlich-Demokr. Studenten (RCDS)	12,7 (15,8)	6 (8)	729 (1095)
Grüne Hochschulgruppe (GHG)	12,0 (13,4)	6 (7)	686 (932)
Juso-Hochschulgruppe	10,5 (11,0)	5 (5)	604 (763)
Basisgruppenliste	9,2 (7,9)	5 (5)	525 (546)
Bündnis gegen Studiengebühren	5,3 (6,0)	2 (3)	304 (417)
schwarz-rot Kollabs	4,6 (1,8)	2 (0)	262 (126)
Antifaschistische Liste (AL)	2,6 (2,7) ¹	1 (1) ¹	147 (185) ¹
Liberaler Hochschulgruppe (LHG)	2,5 (3,7) ²	1 (2) ²	145 (256) ²
AK gender	1,6 (-) ³	0 (-) ³	96 (-) ³
Friebe: DADA-RINO	0,7 (-) ³	0 (-) ³	41 (-) ³
Gesamt	100,0 (100,0)⁴	48 (48)⁴	5734 (6933)⁴

¹ Im Vergleich zur Liste *Anständiger Aufstand*, deren einer Teil die *AL* 2003 war.

² Die Liberalen traten letztes Jahr aus taktischen Gründen mit zwei Listen an: *LHG* und *FDL*.

³ Diese Liste trat dieses Jahr zum ersten Mal an.

⁴ Bei den diesjährigen Wahlen traten die Listen *SKM Studierende der konstruktiven Mitte*, *FairMed*, *Integration*, *FDL - Freiheitlich Demokratische Liste* und *QED* (mit zusammen 447 Stimmen bzw. 6,5% bei einem Sitz für *FairMed* in 2003) nicht mehr an.

Das endgültige Ergebnis für den **Senat** liegt noch nicht vor, weil am 28. Mai in der Theologie und in den Forstwissenschaft die Senatswahlen wiederholt werden. Die Ergebnisse für alle anderen Parlamente, für die Fakultätsräte und die Fachgruppen-SprecherInnen gibt's unter www.uni-goettingen.de/de/sh/12376.html

wird auf diese Weise verschenkt. Deshalb sind Langzeitstudiengebühren auch nach rein ökonomischen Erwägungen falsch.

Im Übrigen ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, dass durch die Einführung von Langzeitstudiengebühren allgemeine Studiengebühren immer salonfähiger werden. So wurde mittlerweile von Seiten einiger Landesregierungen gegen das Verbot allgemeiner Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz (HRG) des Bundes gerichtlich angegangen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes dazu wird in den nächsten Monaten erwartet. Es bleibt also spannend!

■ Studium und Job

Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt machen auch vor den Studierenden nicht halt. Die Anwendung der 400-Euro-Regel soll einiges erleichtern, leider hat sie nicht in allen Fällen diesen Erfolg. Die zahlreichen Sonderregelungen für Studierende in der Renten- und Krankenversicherung bleiben bestehen. Die Angleichung des BAföG an die Neuerungen steht auch noch aus. Es muss genau darauf geachtet werden, das im Zuge der Angleichungen der besonderen Situation der Studierenden ausreichend Rechnung getragen wird.

■ Bachelor- und Master-Studiengänge

Bisher versucht die Universität die Vorgaben des Landes bezüglich der Neustrukturierung der Studiengänge zu erfüllen, es werden im Eiltempo BA/MA-Studiengänge eingeführt. Sie haben eine große Gemeinsamkeit: Das Studium wird verschult, die Möglichkeit der individuellen Schwerpunktsetzung eingeschränkt u.s.w. Alles, damit die Studierenden schneller, besser ausgebildet und jünger in den Arbeitsmarkt entlassen werden können. In vielen Bereichen werden „Kurzstudien“ in Form von lediglich BA-Abschlüssen eingerichtet, da man glaubt, so die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes besser befriedigen zu können.

Bei der Umgestaltung wird vor allem auf Geschwindigkeit geachtet. Die Möglichkeit, ohne elterliche oder staatliche Unterstützung einen Abschluss machen zu können, wird dadurch erheblich eingeschränkt. Diese „Verbesserungen des Studiums“ haben mit Chancengleichheit nicht viel zu tun.

■ BAföG

Bei der 21. Novelle des BAföG wurde versucht, das Dilemma der letzten Jahre und der daraus resultierende Mangel an qualifi-

dieses, die entstehenden Kosten (einschließlich der Personalkosten) zu übernehmen. Die bisherige Regelung ermöglichte es den MitarbeiterInnen sich für jeden Studierenden Zeit zu nehmen und eine möglichst umfassende Förderung zu erreichen.

Die Pläne der Landesregierung, die Finanzierung der BAföG-Abteilungen auf ein anders System umzustellen, könnte im Extremfall dazu führen, dass die Ämter genauer hinsehen müssen, welchen Antrag sie bearbeiten können. Eine derartigen Risikoverlagerung, erst auf das Studentenwerk und seine MitarbeiterInnen und schließlich auf die Studierenden muss verhindert werden. Noch wird über die Höhe der Fallkostenpauschale (das neue Finanzierungsmodell) gestritten, noch sind nicht alle Fragen geklärt, noch kann etwas bewegt werden.

■ Die Service-Arbeit

Das Sozialreferat ist natürlich auch Anlaufstelle für alle Studierende mit Problemen bei BAföG, Miete, Studiengebühren, Jobben, GEZ, Krankenversicherungen, Studieren mit Kind etc..

Während der offenen Sprechstunden von Montag bis Donnerstag von 11 bis 13 Uhr könnt ihr mit Fragen und Problemen

► Newsletter

Gerne versorgen wir dich mit aktuellen Infos und Einladungen.

Schicke einfach eine Mail an newsletter@jusos-goettingen.de!

Du hast Lust auf Politik jenseits der Uni, möchtest mitdiskutieren und etwas verändern?

Wir mischen uns ein, informieren zu den unterschiedlichsten politischen Themen und organisieren Aktionen & Seminare.

Schau doch mal rein:

► www.jusos-goettingen.de

■ Zusammenarbeit

Wir befürworten in diesem Zusammenhang auch die bundesweite Initiative zur Einführung eines Tariflohnes für „HiWis“. Besondere Aktualität erhielt das Thema, wegen der Überführung der Georg-Augusta in eine Stiftung.

Die zu diesem Thema geführten Diskussionen werden von uns genauestens beobachtet, und wo sich die Möglichkeit bietet in die Argumentation einzusteigen und die Formulierung von Änderungen zu beeinflussen, werden dies auch tun. Gerade bei diesem Thema werden wir den engen Schulterchluss zu den Gewerkschaften suchen.

zierten Fachkräften auszugleichen. Denn obwohl das BAföG ein bisschen attraktiver geworden ist, scheuen noch immer viele den Weg an die Uni. Das soll und muss sich ändern! Wir werden euch bei der Antragstellung und bei weiten Problemen qualifizierter Hilfe anbieten können.

Aber auch im Bereich des BAföG sind deutliche Einschnitte geplant – diesmal nicht bei den Studierenden, sondern auf der Seite der SachbearbeiterInnen. Das ganze Land muss sparen, alle auch die Ausbildungsförderung. Da das Studentenwerk die Anträge der Studierenden im Auftrag des Landes übernimmt, ist es die Aufgabe eben

im AStA vorbeikommen. Am Dienstag und Donnerstag von 16 bis 18 Uhr wird eine kostenlose Rechtsberatung angeboten, hierfür müsst ihr allerdings einen Termin unter der Nummer 39-4564 vereinbaren. Wir stehen euch auch außerhalb der Sprechzeiten gern zur Verfügung, ihr könnt uns unter der Telefonnummer 39-4566 oder über die Homepage (www.asta.uni-goettingen.de) des AStA erreichen. Darüber hinaus könnt ihr auch eure Fragen per e-mail an uns stellen: soziales@asta.uni-goettingen.de

Das Außenreferat

oder frei nach Talleyrand: Die Kunst, einem anderen so lange auf den Zehen zu stehen, bis der sich entschuldigt.

Unangenehme und unsichere Zeiten stehen einer und einem jeden bevor, die (na klar, auch: der) in den letzten Wochen mittels zugesandter Immatrikulationsbescheinigung die eigene Hoffnung erfüllt gesehen hat, noch immer oder erstmals neu den Status einer bzw. eines Studierenden innezuhaben:

■ Vom Wohltun...

Das Thema der Studiengebühren ist keinesfalls abgeschlossen, es stehen Neuerungen bei den Hochschulgesetzen ins Haus. Die geplante Internationalisierung im Rahmen des Bologna-Prozesses gilt weiterhin als Buch mit sieben Siegeln. Als erste konkrete Auswirkung auf den Studienalltag ist die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen zu nennen; diese birgt für die betroffenen Studierenden noch kaum abzuschätzende Schwierigkeiten.

Wohl getan ist es also, dass die Juso-HSG fortan die Arbeit des Außenreferates mit ei-

nem Sachbearbeiter – Florian Panknin – unterstützen wird. Ist es doch unser erklärtes Ziel, die hiesigen Gegebenheiten aufzugreifen und in Chancen für die Studierenden umzuwandeln. Denn noch immer gibt es Möglichkeiten, in die Prozesse einzugreifen und einen positiven Einfluss auf Politik und Verwaltungsvorgänge auszuüben.

Hierzu werden wir unter anderem prüfen, inwieweit die bestehenden, überregionalen Studierenden-Organisationen (LAK, fzs) uns die Bildung von Synergien mit den ASten anderer Universitäten ermöglichen und auf welche Weise unsere Mittel optimal eingesetzt werden können, um weiterhin auf unsere Ziele – zum Beispiel die Erhebung von Studiengebühren zu verhindern – konsequent hinzuwirken.

Viele Entscheidungen stehen noch aus und das letzte Wort ist zu kaum einem der dieser Tage relevanten Themen gesprochen, so dass wir sehr optimistisch sind, durch Ein-

gabe, Information und Mobilisierung noch vieles bewirken zu können. Dazu ist indes eine Vielzahl von Gesprächen zu führen und eine Flut von Briefen abzusenden, doch werden wir uns nicht scheuen, die entscheidenden Themen mit dem nötigen Nachdruck voranzutreiben, auch wenn sie bisweilen Unruhe beim Empfänger unserer Nachrichten auslösen mögen.

■ ...durch Anpacken

Das gemütliche Aussitzen von Problemen ist eine Vorgehensweise, die sich die Vertretung der Studierenden nicht länger leisten kann. Somit gelte fortan der zweite Teil der Worte von Dante Alighieri:

*Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt.
Der andere packt sie kräftig an – und handelt.*

Sex, Drugs and Rock 'n' Roll!

Für ein breiteres Kulturangebot an der Uni Göttingen

Dieses Jahr wird es im AStA wieder eine Sachbearbeiterstelle für den Bereich Kultur geben, die Rasmus Kahlen für die Juso-Hochschulgruppe besetzt. In den letzten beiden Jahren war das kulturelle Angebot an der Uni Göttingen eher bescheiden. Bis auf einige wenige Großveranstaltungen ist die Arbeit im kulturellen Bereich eingeschlafen. Dies muss sich unbedingt ändern.

■ Rauschende Feste

Die Schwerpunkte unserer Arbeit werden wir auf die Organisation von Konzerten von bekannten Bands als auch von jungen und lokalen Nachwuchsbands legen, um die Uni dauerhaft als Veranstaltungsort von musikalischen Darbietungen auch für die Zukunft zu etablieren.

Darüber hinaus wird der AStA versuchen, politisches Kabarett sowie Veranstaltungen im Kleinkunstabereich ins Leben zu rufen. Auch einen Kulturflohmärkte sowie

andere Open-air-Veranstaltungen soll es dieses Jahr wieder auf dem Campus geben. Letztendlich soll es auch an rauschenden Festen nicht mangeln.

Um diese Ziele zu verwirklichen, streben wir die Zusammenarbeit mit lokalen und studentischen Einrichtungen und Gruppen an und bitte hiermit auch gleichzeitig alle, ohne Scheu auf uns zuzugehen und mit dem AStA in Kontakt zu treten. Wir werden auch von uns aus den Kontakt suchen.

■ Anregungen erwünscht

Zudem werden durch den AStA in diesem Jahr wieder Projektmittel für Veranstaltungen und Initiativen kultureller Art bereitgestellt. Wer also Eigeninitiative zeigen will oder weitere gute Ideen hat, kann sich nicht nur bei uns melden, sondern soll sich aufgefordert fühlen, dies zu tun. Wir würden uns freuen und sind für alle Ideen offen. Gleichwohl betrachten wir auch (kon-

struktive) Kritik als wichtigen Faktor bei unserer Arbeit und bitten alle, die etwas anzu merken oder zu verbessern haben, sich beim AStA zu melden und sich nicht still und leise zu ärgern.

Was unsere Ziele und Vorstellungen angeht, so möchten wir nichts versprechen, da wir erst am Anfang unserer Arbeit stehen und noch nicht übersehen können, was sich innerhalb eines Jahres und mit den begrenzten Finanzmitteln auf die Beine stellen lässt. Wir versprechen aber, unser Bestes zu tun und viel Zeit und Arbeit in diesen Job zu investieren. Daran möchten wir auch gemessen werden.

Außerdem soll es jeden Donnerstag um 19 Uhr im AStA ein offenes Treffen geben, wo Interessierte ihre Ideen einbringen und auch an deren Umsetzung mitarbeiten können. Kontakt in allen Kulturfragen über:

kultur@asta.uni-goettingen.de

Fortsetzung von der Titelseite

EinsteigerInnen-Abend



Bei gemütlichem Zusammensein stellen wir euch uns vor: Jusos zum Anfasen, Ziele und Projekte zum Mitgestalten sowie natürlich reichlich Sachen zum Essen und Trinken.

**am Donnerstag, 29. April
ab 20 Uhr im Theologicum, Raum 7**

Veranstaltungen

Gesine Schwan über Anti-Amerikanismus

Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin an und Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, spricht im Rahmen der Ringvorlesung „Amerika und

Deutschland – Ambivalente Begegnungen?“ zum Thema „Anti-Amerikanismus – Tradition und aktuelle Diskussion“. Am 4. Mai um 18 Uhr c.t. in der Aula am Wilhelmplatz.

Karsten D. Voigt über deutsch-amerikanische Beziehungen

Karsten D. Voigt, langjähriger SPD-Bundestagsabgeordneter und jetzt Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, spricht ebenfalls im Rahmen der Ringvorlesung „Amerika und

Deutschland – Ambivalente Begegnungen?“ zum Thema „Deutsch-amerikanische Beziehungen. Krise oder Neuanfang?“. Am 11. Mai um 18 Uhr c.t. in der Aula am Wilhelmplatz.

Martin Schulz über die EU-Osterweiterung

Die Juso-HSG veranstaltet am Dienstag, 11. Mai um 16.00 Uhr (s.t.!) eine Podiumsdiskussion mit Martin Schulz, Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Euro-

pa-Parlament und SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, zum Thema „EU-Osterweiterung“. Die Veranstaltung findet im Großen Seminarraum der SUB statt.

Im AStA stellt die Juso-Hochschulgruppe die Sozialreferentin und stellvertretende AStA-Vorsitzende. Die ADF stellt den Vorsitzenden, den Hochschulreferenten, den Außenreferenten und die Finanzreferentin. Die Aufteilung der Referate erfolgte nach Stimmengewichtung im StuPa. Auf der Ebene der die ReferentInnen unterstützenden SachbearbeiterInnen dagegen ist die Juso-HSG mit 3 von 6 SachbearbeiterInnen vertreten. Diese sind die Sachbearbeiter für Außen, Soziales und Kultur, deren Ideen für ihre Arbeit ihr in dieser *rotation* findet.

■ An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen

Bezüglich der Inhalte haben sich die Koalitionspartnerinnen auf eine konsequente Ablehnung von Studiengebühren und die Organisation eines entsprechenden Protestes gegen jeden Versuch der Einführung geeinigt. Für eine wirksame Interessenvertretung der Studierenden ist auch eine Mitarbeit des AStA in überregionalen Zusammenschlüssen der Studierenden erforderlich, in Niedersachsen in der LandesASTenKonferenz (LAK), auf Bundesebene im freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs).

Verpflichten konnten wir den AStA zum Eintritt in den fzs nicht. Die ADF wollte und konnte ihren internen Meinungsfindungsprozess zum fzs nicht im zeitlichen Rahmen der Koalitionsverhandlungen abschließen. Dass die ADF ernsthaft über einen Beitritt des AStA nachdenkt, zeigt die Tatsache, dass sie während der Verhandlungen bereits mit fzs-VertreterInnen diskutiert hat. Um den Beitritt zum fzs zu ermöglichen, wurde im Haushalt der Mitgliedsbeiträge für den fzs eingestellt. Da bereits der alte AStA sich an Arbeitsgruppen, Seminaren usw. des fzs beteiligt hat, sind wir zuversichtlich, dass sich die faktische Mitarbeit bald zur formalen Mitgliedschaft entwickeln wird.

Wir sind optimistisch, dass anhand der Ergebnisse das Experiment der Zusammenarbeit ADF und Juso-HSG am Ende des AStA-Jahres positiv bewertet wird.



Juso
Hochschulgruppe Göttingen

V.i.S.d.P: Immo Moshagen

Wir treffen uns regelmäßig jeden Donnerstag um 20 Uhr c.t. im Theologicum, Raum 7. Kontakt über Immo (Tel. 3076890) oder kontakt@juso-hsg-goettingen.de